



Linz 25.5.2023

Medieninformation

A26-Bahnhofsautobahn/Westring

Fraktionen SPÖ, ÖVP, FPÖ blockieren demokratische Mitbestimmung der Linzer:innen.

Zivilgesellschaftliches Engagement „Zukunft statt Autobahn-Bau!“ geht weiter.

Zeitgleich zur Gemeinderatssitzung am 24. Mai fand eine Kundgebung des Netzwerks „Zukunft statt Autobahn-Bau!“ vor dem Alten Rathaus statt. Motto: „Lasst die Linzer:innen entscheiden – Volksbefragung!“ Doch die Fraktionen von Luger, Hajart und Raml verweigerten im Gemeinderat den Linzer:innen eine Mitbestimmung über die A26-Bahnhofsautobahn/Westring und stimmten den Antrag auf Durchführung einer Volksbefragung nieder. „Das ist Politik von gestern für eine Projekt von vorgestern“, kritisiert das Netzwerk „Zukunft statt Autobahn-Bau!“. Bei einer Aktionskonferenz am 31. Mai will das Netzwerk mit dem Widerstand gegen dieses klimafeindliche Milliardengrab zivilgesellschaftlich neu durchstarten.

Die politisch Verantwortlichen in der Stadt haben offensichtlich Angst, dass ein direktdemokratischer Prozess ihrer aus der Zeit gefallenen Verkehrspolitik, die nach wie vor auf den Neubau von Autobahnen statt Ausbau von öffentlicher Infrastruktur setzt, bedrohen könnte. Als das Netzwerk „Zukunft statt Autobahn-Bau!“ im März dieses Jahres rd. 10.000 Unterstützungserklärungen für die Einleitung einer Volksbefragung einbrachte, um den Linzer:innen die Mitbestimmung über die Mitfinanzierung der Stadt Linz dieses sündteure Autobahnprojekts zu ermöglichen, blockierte Bürgermeister Luger mit bürokratischen Schikanen: zuerst wurden die Zahl der gültigen UE „kleingerechnet“ (keine Anerkennung von Online-Unterstützungen, doppelte Stichtagsregelung), dann ließ der Bürgermeister - ebenfalls völlig willkürlich - ausrichten, dass das Nachreichen noch fehlender UE nicht gestattet werde. Das Bündnis „Zukunft statt Autobahn-Bau“ hat gegen den Bescheid des Magistrats Rechtsmittel eingelegt. Da eine rechtlich Entscheidung lange dauern kann, traten die AktivistInnen zugleich an die Gemeinderät:innen mit dem Aufruf heran, diese undemokratische Verzögerungstaktik des Bürgermeisters zu beenden und von sich aus eine Volksbefragung zu ermöglichen. Immerhin ein Viertel der GemeinderätInnen stimmten einem

entsprechenden Antrag von Grünen, Linz plus, KPÖ und Wandel am Mittwoch, 24.5.2023 zu. Doch SPÖ, ÖVP und FPÖ stimmten diesen Antrag nieder.

Zivilgesellschaftlicher Widerstand geht weiter!

Bei einer lautstarken Kundgebung vom dem Alten Rathaus, die zeitgleich zur Gemeinderatssitzung stattfand, machten die Teilnehmer:innen mit einer Buchstabenkette deutlich: „Lasst die Linzer:innen entscheiden - Volksbefragung!“ (sh. beiliegendes Foto). Christian Trübenbach, Bürgerinitiative „Linzer Grüngürtel schützen jetzt!, kritisierte die Blockadehaltung der Fraktionen von Luger, Hajart und Raml: „Das ist Politik von gestern für eine Projekt von vorgestern. Unsere Botschaft an die Stadtpolitik ist klar: Ihr könnt mit noch so vielen Tricks und Schikanen versuchen, der Linzer Bevölkerung die Mitsprache zu verunmöglichen, wir werden nicht lockerlassen! Unser Engagement für zukunftsfähige Alternativen zu diesem fossilen Uraltprojekt wird weitergehen. Die Linzer Bevölkerung ist weiter als die Betonfraktionen im Rathaus. Auch dass die Zahl der Gemeinderät:innen, die uns unterstützt, bereits auf ein Viertel angewachsen ist, zeigt: Wir werden größer. Wir sind immer mehr. Ihr könnt uns nicht mehr ignorieren.“

Gertraud Walli, Aktivistin bei „Zukunft statt Autobahn-Bau!“ ergänzte: „Die A26-Bahnhofsautobahn, der zweite, teuerste und klimaschädlichste Abschnitt des Westrings, ist eine funktionelle Fehlplanung, die zusätzlich 30.000 Autofahrten täglich mehr nach Linz ermöglicht und den Stau mitten in das Stadtzentrum holt. Der Westring-Tunnel ist ein Fass ohne Boden, das jene Gelder verschlingt, die wir so dringend für eine vernünftige menschen- und umweltfreundliche Verkehrswende brauchen. Diese muss dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs und anderen umweltfreundlichen Mobilitätsformen den Vorrang einräumen.“ Christian Leckschmidt, Initiative Verkehrswende jetzt!, strich hervor, dass insbesondere die Mühlkreisbahn sofort über die neue Eisenbahnbrücke und die bereits existierende Hafenbahn in den Linzer Hauptbahnhof durchgebunden werden sollte: „Das ist nicht nur viel billiger als diese milliardenteure Autobahn, das ermöglicht auch, 50.000 Arbeitsplätze zwischen Hafen und Voest umweltfreundlich mit der Schiene zu erreichen.“

Der Klimaaktivist und Moderator der Kundgebung David Brandstätter lud am Ende der Kundgebung nochmals zur Mitarbeit ein: „Schon am kommenden Mittwoch, 31. Mai wird im JZ Stuwe eine Aktionskonferenz stattfinden, bei der im breiten Kreis die konkrete zivilgesellschaftliche Strategie für unsere Weiterarbeit besprochen wird. Alle, die dabei mitmachen wollen, sind herzlich eingeladen.“

Ihre Ansprechpartner:innen:

Gerald Oberansmayr, oberansmayr.gerald@gmail.com, 0664 1540742, Initiative Verkehrswende jetzt

Gertraud Walli, gertraud.walli@gmx.at, 0699 17081134, Initiative Verkehrswende jetzt!

Christian Trübenbach, ct@responzz.info, 0650 8809675 - Linzer Grüngürtel schützen, jetzt!

www.volksbefragung-linz.at

Beiliegend: Foto Kundgebung „Lasst die Linzer:innen entscheiden – Volksbefragung!“, 24.5.2023, Linz